Abend-Ausgabe.

Berliner Tageblatt.

Nr. 510. **Berlin, Dienstag, den 31. Oktober 1882.** **XI. Jahrgang.**

Politische Tagesübersicht.

Berlin, 31. Oktober.

Die internationale Konferenz für elektrische Einheiten.

J. St. **Paris**, 28. Oktober.

Nach zwölftägiger Thätigkeit wurde die internationale Konferenz für die Herstellung elektrischer Einheiten am 26. Oktober durch den Minister der Posten und Telegraphen geschlossen.

Die Konferenz trennte sich nach der konstituirenden Sitzung dem Programm gemäß in drei Sektionen, denen folgende Berathungsgegenstände zufielen. Die erste Kommission sollte sich mit den Mitteln zur praktischen Herstellung des unter dem Namen Ohm bekannten elektrischen Widerstandsmaßes beschäftigen. Der zweiten waren die Fragen über die systematische Beobachtung der Luftelektrizität, über die Statistik der Blitzableiter, über die Beobachtung der elektrischen Strömungen an der Erdoberfläche und endlich über die Vervollkommnung des telegraphischen Verkehrs meteorologischer Stationen unter einander zugewiesen. Die dritte Kommission hatte die Herstellung einer Einheit für Lichtstärken zu berathen.

Wir beschäftigen uns zunächst mit den Verhandlungen der ersten Kommission, nach deren Berathungsgegenstande die ganze Konferenz ihren Namen führt.

Die eigentliche praktische Frage betrifft hier die internationale Einigkeit in der bei elektrischen Widerstandsmessungen gebrauchten Einheit. Bisher haben die verschiedenen Nationen sich wesentlich in zwei solche Einheiten getheilt, nämlich: die von Siemens hergestellte und verbreitete Quecksilber-Einheit (d. h. als Einheit des Widerstandes denjenigen einer Quecksilbersäule von 1 Quadratmillimeter Durchschnitt und 1 Meter Länge) und auf der anderen Seite die um etwa 5 Prozent größere Einheit der British Association. Die letztgenannte Einheit gehört dem von Gauß und Weber definirten und in die elektrischen Messungen eingeführten sogenannten absoluten Maßsysteme an.

Der vorjährige Elektriker-Kongreß hatte sich nun dahin ausgesprochen, daß die von der British Association unter der Bezeichnung Ohm definirte Einheit den Vorzug verdiene, weil sie im Zusammenhang mit den übrigen Einheiten aus dem elektro-magnetischen Maßsystieme der Wissenschaft große Vortheile bietet und auch in der technischen Anwendung mindestens ebenso gut ist, wie jede andere Einheit.

Der erste nothwendige Schritt besteht in der Erzielung zuverlässigerer, übereinstimmenderer Messungen.

Um diesen Zweck zu erreichen, lag nun auf der einen Seite der Gedanke nahe, ob nicht ein großes, mit Mitteln reich ausgestattetes elektrisches Centrallaboratorium am Sichersten zum Abschluß führen werde. Tritt man diesem Gedanken aber näher, so stößt man auf gewichtige Bedenken. Die wissenschaftlichen Fragen nämlich, welche bei der vorliegenden schwierigen Aufgabe dem Forscher, Erfinder und Beobachter gestellt sind, bestehen in einer so großen Anzahl, daß ein einzelnes Institut nicht im Stande sein würde, dieselben in kurzer Zeit zu lösen. Es ist also nothwendig, daß eine vielseitige Inangriffnahme des Gegenstandes seitens der Fachmänner stattfinde, oder, besser gesagt, daß die rege Theilnahme, welche sich auf diesem Gebiet in der letzten Zeit entwickelt hat, fortgesetzt und wo möglich gesteigert werde. Die Gründung eines großen Centralinstitutes aber würde voraussichtlich den gegentheiligen Erfolg haben. Mit einem solchen Institut zu konkurriren wagt der Einzelne nicht so leicht, und so würde das Interesse an der Forschung auf diesem Gebiete vielleicht rasch geschwunden sein.

Die Konferenz hat auf Grund dieser Erwägungen von der Empfehlung eines derartigen Instituts zur Zeit Abstand genommen. Sie hat aber erstens die Methoden, welche zur Bestimmung unserer Einheit führen können, kritisch untersucht und hat diejenigen bezeichnet, welche ihr die zuverlässigsten zu sein scheinen. Zum Anderen hat sie sich aber auch zu dem einstimmigen Beschlusse geeinigt, an alle Regierungen der interessirten Länder die Bitte zu richten, daß die Arbeiten, welche eine definitive Feststellung der absoluten Widerstandseinheit bezwecken, dem Wohlwollen und, wenn nöthig, auch der thatkräftigen Unterstützung begegnen mögen.

Der Zeitpunkt, an welchem man alsdann den Abschluß der Arbeiten bis zur praktischen Einführung des Ohm für gekommen erklären kann, wird vielleicht nicht mehr weit entfernt sein. Einige Jahre dürften aber jedenfalls bis dahin verstreichen. Im gegenwärtigen Augenblicke liegt also keine Veranlassung vor, in den bisher gebrauchten Einheiten eine Aenderung eintreten zu lassen.

Von der zweiten Kommission wäre zu bemerken, daß dieselbe eine Reihe von Wünschen an die Regierungen formulirt hat, um sowohl den Männern der Wissenschaft und Theoretikern eine praktische Beobachtung der einschlagenden Fragen auf den staatlichen Telegraphenlinien u. s. w. zu ermöglichen, als auch um die Telegraphenverwaltungen selbst zu dergleichen beobachtenden Arbeiten zu veranlassen.

Man einigte sich in der zweiten Kommission dahin, den Regierungen die Einrichtung von Stationen zur Beobachtung des elektrischen Zustandes der Atmosphäre mittelst selbstregistrirender elektrometrischer Apparate zu empfehlen und den Wunsch zu erkennen zu geben, daß das Studium der Gewitter auf die Oberfläche von Europa ausgedehnt werden möge. Hinsichtlich der Sammlung statistischer Daten wegen der Blitzableiter soll den Regierungen empfohlen werden, die betreffenden Angaben nach Maßgabe zweier in einer Subkommission entworfener Fragebogen zusammenstellen zu lassen, welche die bei den Telegraphen-Anlagen und die außerhalb derselben beobachteten Blitzschläge getrennt halten. Für das Studium der Erdströme wurde die Herstellung lediglich zu deren Beobachtung bestimmter, womöglich unterirdischer, wenn auch kurzer Leitung mit selbstregistrirenden Apparaten gewünscht und daneben die zeitweise Heranziehung anderer längerer Leitungen zu gewissen, regelmäßig einzuhaltenden Zeiten empfohlen. Die Frage wegen Einrichtung eines internationalen telemeteorographischen Dienstes erschien noch nicht reif, um schon jetzt dahingehende definitive Beschlüsse kund zu geben. Dagegen wurde beschlossen, den Regierungen die Unterstützung der meteorologischen Institute durch Erleichterungen im Telegraphenverkehr zu empfehlen.

Die dritte Kommission endlich hat noch weniger als die erste zu einem einigenden Resultate bezüglich der Herstellung einer Einheit für Lichtstärken gelangen können.

* * *

Die Sitzungen der „Internationalen Konferenz zur Berathung eines praktischen Schutzes unterseeischer Kabel" werden voraussichtlich Mitte nächster Woche geschlossen werden. Es läßt sich von den Verhandlungen, welche vorläufig noch einen vertraulichen Charakter an sich tragen, zunächst nur sagen, daß der sie beherrschende Geist ein überaus konzilianter ist, und von allen Seiten ein derartiges aufrichtiges Entgegenkommen gezeigt wird, daß erfreulicher Weise auf die Erzielung günstiger Resultate mit größter Wahrscheinlichkeit zu rechnen sein dürfte. Wir werden nach Schluß der Konferenz noch wieder darauf zurückkommen.

---

* Die „Nordd. Allg. Ztg." führt heute in höherem Auftrage, wie man annehmen muß, aus, daß bei den letzten Wahlen allerdings halben die Abneigung gegen extreme Richtungen vorherrschend gewesen sei und dadurch der Wahlbewegung einen Charakterzug gegeben habe, welcher für die beginnende Legislaturperiode wohl beherzigt werden müßte. Aus dieser Abneigung gegen extreme Richtungen soll es sich erklären, daß in Ostpreußen und in den Elbherzogthümern die Fortschrittspartei unterlegen sei, daß dort die Konservativen und hier das Hänelsche Kompromiß, welches eine Verständigung der liberalen Fraktionen angebahnt, den Sieg davon getragen. Was man gern glauben möchte, das sucht man sich auch gern zu beweisen, und so ist es denn erklärlich genug, daß die Regierung, die in diesem Falle ja wohl aus der „Norddeutschen" spricht, sich einreden möchte, das Volk sei nur da fortschrittlich gesinnt, wo es mit Macht gegen die Regierung aufgewiegelt werde. Das ist aber ein großer Irrthum. Wie die Reichstagswahlen gezeigt haben, wählt das Volk in sehr vielen Gegenden liberal, wo es, wenn es Landtagswahlen gilt, unter dem ungeheuren Druck des konservativen und behördlichen Einflusses erlahmt und sich zu konservativen Wahlen bestimmen läßt. Deshalb und aus dieser Thatsache eine Abneigung gegen die Fortschrittspartei folgern zu wollen, ist nur vermittelst einer beispiellosen Verblendung oder gefliſſentlichen Selbsttäuschung möglich.

Die „extreme Richtung", gegen welche das Volk in Wahrheit Abneigung verspürt, liegt auf der entgegengesetzten Seite und hat ihren Bestand in jener ultrakonservativen Spezies, die einerseits die Reaktion ohne Einschränkung und andererseits jenes Muckerthum predigt, welches im „Reichsboten" seinen eifrigsten, wenn auch keineswegs begabtesten Vertreter besitzt. Es scheint nun aber aus dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." auch hervorzugehen, daß die Regierung selber, indem sie diese vermeintliche Abneigung des Volkes gegen die ebengezeichneten extrem-konservativen Richtungen konstatirt, auch ihrerseits von denselben nichts wissen will und daher für nöthig hält, den Ultras dieser Richtungen schon im Voraus zu erkennen zu geben, daß sie nichts zu hoffen haben. Nur hierin liegt die Bedeutung des offiziösen Artikels. Den kleinen Triumph über die in Ostpreußen unterlegenen Liberalen können wir der „Norddeutschen" und ihren Hintermännern schon gönnen; er wird nicht von allzu langer Dauer sein. Der Liberalismus kann sich dessen um so eher getrösten, als er ahnt, daß ihm zur Zeit auch ein Sieg nicht viel genützt haben würde. Aber seine Zeit wird kommen, darauf vertraut er, und in dieser Voraussicht wird er unablässig bemüht bleiben, die Reihen seiner Anhänger zu mehren und zu kräftigen, um in voller Macht am Platze zu sein, wenn zur rechten Stunde der rechte Ruf an ihn ergeht.

---

* Nachstehendes geht uns mit der Bitte um Aufnahme zu:

Gleich nach Konstituirung des mitteldeutschen Arbeitgeberbundes „Concordia", welcher die Besserung der Lage der Arbeiter als Zweck der Vereinigung ausgab, trat der unterzeichnete Verein, aus dem Bestreben zu untersttützen, der „Concordia" als korporatives Mitglied bei.

Nachdem der Herr Kommerzienrath Stumm in Neunkirchen, ebenfalls Mitglied der „Concordia", seinen Bemühungen um das Wohl der Arbeiter auf seinem Werke dadurch unverkennbar Ausdruck gegeben, daß per Anschlag am schwarzen Brett seinen Arbeitern kundgegeben und vorgeschrieben wurde, mit wem der „Herr" gestatte, daß die Arbeiter Umgang pflegen welche Lokale sie besuchen dürfen, und welche Zeitungen zu lesen er erlaube, mit welchen Geschäftsleuten in der Stadt jeder Umgang abzubrechen sei, da Letztere in einer liberalen Zeitung annoncirt ließen ꝛc., wählte vor einigen Wochen die Generalversammlung der Concordia Herrn Stumm zum Vorstandsmitgliede und bezeichnete diesen dadurch als Mann ihres Vertrauens und ihrer Gesinnung. Da hiernach eine Verwirklichung des oben angegebenen Zweckes seitens der Concordia nicht mehr erwartet werden kann, wurde seitens des Generalraths einstimmig der Austritt unseres Vereins aus der Concordia beschlossen.

Der Generalrath des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.
J. A.: Karl Andreae, Generalsekretär.

* Nach längerer Zeit bringt von denjenigen deutschen Offizieren, welche vor Monaten nach der Türkei gesendet wurden,

---

Denkwürdigkeiten des Geheimen Regierungs-Raths Dr. Stieber.

Aus seinen hinterlassenen Papieren bearbeitet.

[12. Fortsetzung.] [Nachdruck verboten.]

9. Die Entlarvung des Pseudo-Prinzen von Armenien.

Einige Tage nach der Einlieferung des „Prinzen" in das Arbeitshaus unterwarf Herr v. Hinckeldey im Arbeitszimmer des Direktors Stieber den ihm vorgeführten Prinzen einem längeren Verhör. Der Arrestant benahm sich bei diesem Verhör sehr frech gegen Hinckeldey und erwiderte auf die wiederholte Aufforderung, seine Legitimationspapiere und Subsistenzmittel nachzuweisen, er habe diese Sachen sorgfältig versteckt, würde sich aber hüten, darüber Auskunft zu geben, denn Preußen stünde auf freundschaftlichem Fuße zum Kaiser von Rußland und würde ihm deshalb seine Schätze und Papiere stehlen, wie ihn der russische Kaiser bestohlen habe. Hinckeldey wurde über diese Frechheit und die anderweitigen elenden Lügen und Ausflüchte des Arrestanten zuletzt so aufgebracht, daß er den Kriminal-Kommissar Pick rufen ließ und seine Mißbilligung in Gegenwart des Arrestanten darüber aussprach, daß demselben im Arbeitshause keine Hauskleidung angelegt, sondern daß ihm die eigenen Kleider auf dem Leibe gelassen worden seien. (Vermuthlich hatten die Arbeitshausbeamten die Schlauheit des Betrügers, welcher befangenen Personen gegenüber auch sehr klug die rührende Rolle des duldenden Märtyrers zu spielen wußte, auf sich einwirken lassen und ihn nicht den übrigen Arbeitshäuslingen zugestellt.) Herr von Hinckeldey befahl sodann dem Kriminal-Kommissar Pick, dies zu redressiren und dafür zu sorgen, daß dem frechen Betrüger nicht die geringste Rücksicht geschenkt würde. Stieber, welcher während des Verhörs sich entfernt hatte, richtete, auf die Mittheilung des Kriminal-Kommissars Pick von dem Befehl des Präsidenten, eine entsprechende Verfügung an die Arbeitshausverwaltung.

Der Polizeipräsident ging bei seinem Verfahren gegen den Betrüger, wie bereits bemerkt, von der Meinung aus, daß dieser ein politischer Agent sei, welchen die französische Regierung nach Berlin dirigirt habe, um gegen Rußland Propaganda zu machen, und deshalb internirte er ihn, da er ihn in der Stadtvoigtei nicht länger als einige Tage halten konnte, als heimathlosen Vagabonden im Arbeitshaus, anstatt ihn einfach aus dem Lande zu verweisen, um so im Laufe der Zeit aus dem Arrestanten die Wahrheit über seine persönlichen Verhältnisse und den Zweck seines Aufenthalts in Berlin herauszubringen. Obwohl für die Annahme des Herrn v. Hinckeldey über den politischen Charakter des „Prinzen" positive Beweismomente fehlten, so muß man doch, um die an sich vage Annahme zu begreifen, erwägen, daß das Auftreten des angeblichen Prinzen von Armenien in Berlin in eine Zeit fiel, in welcher der Krieg zwischen Rußland und den europäischen Westmächten auf das Heftigste wüthete und die größten Anstrengungen gemacht wurden, Preußen nach der einen oder anderen Seite hinüberzuziehen. Zugleich betrachtete man Preußen von beiden Seiten mit argem Mißtrauen, und Berlin, sowie das ganze Land war mit einem wohlorganisirten System nicht nur russischer, sondern vornehmlich auch französischer und englischer Spione überzogen. Die oben beschriebene Untersuchung wider Techen, die gerade in diese Zeit fiel, war wohl geeignet, in jeder auffälligen legitimationslosen Person einen politischen Agenten vermuthen zu lassen.

Drei Monate lang blieb der angebliche Prinz im Arbeitshaus, während welcher Zeit er, entsprechend der Anordnung Hinckeldeys und der Verfügung Stiebers, streng behandelt wurde. Da er während dieser Zeit beharrlich jede wahre Auskunft über seine Herkunft und Geburt verweigerte und Hinckeldey von Tag zu Tag immer mehr zu der Einsicht gelangte, daß der „Prinz" kein politischer Agent, sondern ein gemeiner Betrüger sei, der es nur verstanden hatte, sich ein politisches Ansehen zu geben, um desto eher in hochstehende Kreise Eingang zu finden, so verfügte Herr v. Hinckeldey Anfangs 1856 die Entlassung des Betrügers aus dem Arbeitshause und dessen Transport über die preußische Grenze.*)

* * *

10. Das Disziplinarverfahren gegen Stieber wegen des „Prinzen von Armenien".

Ueber das Verfahren gegen den Prinzen von Armenien erstattete im Januar 1856 der Direktor Stieber im Namen des Präsidenten von Hinckeldey an den Minister des Innern Bericht und begründete die dreimonatliche Unterbringung des Prinzen im Arbeitshause durch den Hinweis auf § 6 des Paß-Edikts vom 22. Juni 1817 und die §§ 43 und 38 der General-Instruktion zum Paß-Edikt vom 12. Juli 1817, wonach ein fremdes, legitimations- und subsistenzloses Subjekt (zur Zeit der Festnahme des Prinzen bestand sein Vermögen in 6 Thalern) von den Polizeibehörden festzunehmen und so lange zur Arbeit anzuhalten sei, bis seine Persönlichkeit hinlänglich aufgeklärt ist. Der Minister schickte durch Reskript vom 26. Februar 1856 die mit dem Bericht überreichten Akten an den Polizeipräsidenten zurück, ohne sich zu irgend einer Erwiederung gegen das stattgehabte Verfahren veranlaßt zu sehen.

Der Betrüger, welcher später in dem, wegen des gegen ihn stattgehabten Verfahrens, geführten amtlichen Schriftwechsel mit dem Namen Joseph Joannes (unter welchem er in Paris zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt worden) bezeichnet wurde, verbreitete im Laufe des Jahres 1856 vom Auslande aus öffentliche Proklamationen gegen das Verfahren des Berliner Polizeipräsidiums und beschwerte sich auch bei dem preußischen Minister des Innern darüber, daß er ohne jeden gesetzlichen Grund verhaftet und drei Monate lang im Arbeitshause eingesperrt gewesen sei.

Der Minister ordnete demzufolge eine Untersuchung des Polizeiverfahrens gegen den Prinzen von Armenien an, welche von dem inzwischen an die Stelle des im Duell getödteten Herrn v. Hinckeldey († 10. März 1856) getretenen neuen Polizeipräsidenten, Herrn von Zedlitz, geführt wurde.

Das Ergebniß dieser Untersuchung war, daß sowohl der Polizeipräsident, als auch der Minister des Innern das fragliche Verfahren gegen den angeblichen Prinzen von Armenien sowohl in materieller als in formeller Beziehung für ein gesetzliches und nothwendiges nicht anerkannten. Gegen den angeblichen Prinzen lag vom formell-juristischen Standpunkt aus nichts weiter vor, als daß er durch lügenhafte Angaben den Beweis dafür zu erbringen versucht hatte, daß er in Wirklichkeit ein Prinz von Armenien wäre und daß er somit der Führung eines falschen Titels dringend verdächtig war. Wer er aber in Wirklichkeit sei, das vermochte nicht festgestellt zu werden, auch fehlte es an einer Feststellung sonstiger strafbarer Handlungen, die der angebliche Prinz in Preußen begangen (ein Betrug des Schwindlers, welchen er als „Fürst Koricos" vor einer Reihe von Jahren gegen den bekannten Schneidermeister Kohn verübt hatte, war verjährt und konnte deshalb nicht mehr verfolgt werden). — Die Kriminalpolizei hätte sich darauf beschränken müssen, da der Staatsanwalt ein Einschreiten gegen den legitimationslosen Abenteurer nicht für opportun erachtet hatte, diesen über die Grenze zu schaffen. Das Paßedikt vom 22. Juni 1807 wurde als durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben erachtet, und selbst die Gültigkeit dieses Edikts voraus gesetzt, in dem vorliegenden Fall nicht für anwendbar erklärt, da der Abenteurer zur Zeit seiner Festnahme noch nicht subsistenzlos gewesen, sondern bei seiner Festnahme noch im Besitz von sechs Thalern gefunden worden war, auch bis dahin alles zu seiner Subsistenz Nöthige baar bezahlt hatte.

---

*) Dieses seltsame Ende der Untersuchung gegen den vielberufenen Prinzen von Armenien ist allerdings wenig geeignet, die besondere politzeiliche Fähigkeit Stiebers in helles Licht zu setzen, während andererseits die Leichtigkeit, mit der man in der Periode Hinckeldey politzeilich die bestehenden Gesetze einfach verletzen durfte, den damaligen „Rechtsstaat" sehr sonderbar illustrirt.

Die Red. d. Berl. Tagebl.